

# Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Dienstag, 26. November 2019, 20.00 Uhr, in der Aula des Schulhauses

**Vorsitz:** Beat Nietlispach, Gemeindeammann

**Protokoll:** Rolf Meier, Gemeindeschreiber

**Stimmzähler:** Auf gemeinderätlichen Antrag werden durch die Gemeindeversammlung bestimmt:

- Sebastian Rast
- Stefan Wilhelm

---

**Gemeindeammann Beat Nietlispach** eröffnet die Gemeindeversammlung, welche als Folge einer Terminüberschneidung mit dem vor dem Jahreskonzert stehenden Musikverein ausnahmsweise in der Aula des Schulhauses stattfindet. Er begrüsst namentlich

- Ehrenbürger Ernst Meier
- Chantal Gisler, Wohler-Anzeiger
- Benedikt Nüssli, Reussbote Mellingen
- Patrick Oldani, neugewähltes Mitglied des Gemeinderates

Leider geriet Tägerig im Vorfeld bezüglich der finanziellen Situation in den Medien negativ in die Kritik. Das Publikmachen solcher Schlagzeilen dient nicht der Förderung des angestrebten Marketings und muss daher ernsthaft hinterfragt werden.

Das Stimmregister weist folgenden Bestand auf:

<b>Stimmberechtigt</b>	935
<b>1/5 der Stimmberechtigten</b>	187
<b>Anwesend</b>	155

Sämtliche Beschlüsse dieser Gemeindeversammlung unterstehen somit dem fakultativen Referendum. Für das Zustandekommen eines Referendumsbegehrens sind innert 30 Tagen nach Publikation der Beschlüsse die Unterschriften von einem Fünftel der Stimmberechtigten erforderlich.

Die Akten zu den einzelnen Traktanden lagen ab 12. November 2019 während den ordentlichen Bürostunden in der Gemeindekanzlei öffentlich auf. Bedauerlicherweise wurde die Vorlage mit dem Stimmrechtsausweis als Folge einer günstigeren gewählten Frankatur durch die Post bei einzelnen Stimmberechtigten einen Tag verspätet zugestellt.

<b>Traktandum 1</b>	<b>Protokoll der Gemeindeversammlung vom 3. Juni 2019</b>
---------------------	---

Das auf der Homepage der Gemeinde veröffentlichte Protokoll der letzten Gemeindeversammlung wird ohne Wortmeldung grossmehrheitlich **genehmigt**.

<b>Traktandum 2</b>	<b>Beitritt in den Regionalplanungsverband Mutschellen-Reusstal-Kelleramt mit gleichzeitigem Austritt aus dem Gemeindeverband Baden-Regio</b>
---------------------	---

**Gemeinderätin Daniela Kramer** informiert, dass die Gemeinde Tägerig seit dem 1. Januar 2015 dem Regionalplanungsverband Baden Regio angehört, die verschiedene Arbeitsgruppen und untergeordnete Zusammenarbeitskreise umfasst und schwergewichtig Themen der Limmattal-Gemeinden behandelt. In der Vergangenheit mussten regionale Zusammenkünfte für eine gemeinsame Haltung der betroffenen Gemeinden zu Handen der Vorstandssitzungen der Baden Regio einberufen werden. Auf der Suche nach einer effizienteren, überblickbareren und wirtschaftlich kostengünstigeren Lösung hat der Gemeinderat einen Beitritt zum Regionalplanungsverband Mutschellen-Reusstal-Kelleramt geprüft, welcher sich durch schlankere Strukturen auszeichnet und vorwiegend Freiämter Gemeinden umfasst. Tägerig kann seine Standpunkte im Regionalplanungsverband Mutschellen-Reusstal-Kelleramt besser und wirkungsvoller einbringen sowie anstehende Projekte im Bezirk Bremgarten als Mitgliedsgemeinde aktiv mitgestalten. Der Beitrag beträgt CHF 2.00 pro Einwohner und reduziert sich gegenüber dem Gemeindeverband Baden Regio um 50 Rappen.

**Peter Meier** vertritt die Auffassung, dass die Gemeinde nach Mellingen und Baden ausgerichtet ist und kein Bezug zu den ländlichen Gemeinden im Freiamt besteht. Die Einwohner benutzen den Bus nach Baden oder gelangen via Haltestelle Heitersberg nach Zürich.

**Gemeindeammann Nietlispach** erinnert, dass mit der früheren Auflösung der Regionalplanungsgruppe Rohrdorferberg-Reusstal sich die Frage nach der Neuorientierung stellte. Ausschlaggebend war damals hauptsächlich die Anbindung an den öffentlichen Verkehr Richtung Baden, Aarau oder Zürich. Anliegen von kleineren Mitgliedsgemeinden haben in der Baden Regio einen sehr beschränkten Einfluss. Durch einem gemeinsamen Auftritt innerhalb der ländlichen Region des Freiamtes kann sich Tägerig auch gegenüber den Anliegen von Aarau mit einem Wechsel der Regionalplanungsgruppe mehr Gehör verschaffen, da auch diese Gemeinden gute regionale Lösungen anstreben. Denkbar wäre analog der Gemeinde Stetten auch eine Mitgliedschaft in beiden Regionalplanungsgruppen.

**Stefan Wilhelm** überlegt, was erreicht werden soll und in welcher Regionalplanungsgruppe dies besser möglich ist. In Bezug auf den öffentlichen Verkehr und die nahegelegene Haltestelle Heitersberg sieht er eher die Anbindung zur Region Baden.

**Beat Nietlispach** berichtet andererseits kürzlich über einen Verkehrsstau auf der Strasse Richtung Mellingen ab Fischbach-Göslikon, was wiederum das Gebiet im Freiamt betrifft.

**Gemeindeschreiber Rolf Meier** ergänzt, dass für Fragen rund um den öffentlichen Verkehr entlang der Buslinie Baden-Bremgarten die Zugehörigkeit zur Regionalplanungsgruppe keine Rolle spielt. Gemäss kantonalem Baugesetz sind die Gemeinden verpflichtet, mindestens einem regionalen Planungsverband anzugehören, der sich aber zur Hauptsache mit raumplanerischen Fragen befasst. In der Regio Baden mit den Gemeinden Baden und Wettingen stehen die Interessen von Tägerig nicht im Vordergrund. Für die Bearbeitung von Planungsfragen bietet die Regionalplanung im Freiamt bessere Voraussetzungen.

**Niklas Bachmann** benutzt den Bus für die Kantonsschule Wohlen. Ein grösserer Teil seiner Altersgenossen fährt aber in die andere Richtung zur Schule nach Mellingen, Baden oder Wettingen. Diese Verbindung geniesst eindeutig grössere Priorität und das soll auch so bleiben, weshalb er keinen Vorteil erkennt, den Planungsverband zu wechseln.

**Willi Gloor** betont, dass die Haltestelle Heitersberg mit guten Verbindungen nach Zürich dank dem Einsatz der früheren Regionalplanung Rohrdorferberg-Reusstal unter der Präsidentin Christine Egerszegi realisiert wurde. Im Planungsverband der Regio Baden hätte dieses Projekt damals keine Unterstützung erfahren. Heute gibt es aber in Niederwil und Stetten Verbündete mit Problemen der gleichen Art, was ein gestärktes, gemeinsames Auftreten erlaubt. Aus diesem Grunde ist der gemeinderätliche Antrag zu befürworten.

### **Abstimmung:**

Der Beitritt in den Regionalplanungsverband Mutschellen-Reusstal-Kelleramt durch Genehmigung der Satzungen und dem Austritt aus dem Gemeindeverband Baden Regio wird mit **103 Ja zu 34 Nein** beschlossen.

<b>Traktandum 3</b>	<b>Sanierung der Quellwasserzuleitung der Brunnstuben Büschikermatten und Wyhalden zum Wasserreservoir Kredit CHF 230'000</b>
---------------------	---

Gemeinderat Christian Vogel berichtet über das Anschwemmen eines Wurzelstrangs in unserem Wasserreservoir im November 2018. Bereits im Mai 2019 war die Verwurfsleitung beim Quellsammelschacht durch einen Wurzeleinwuchs verstopft. Die daraufhin in Auftrag gegebenen Untersuchungen zeigten, dass die Quelleitung Büschikermatten und Wyhalden Leckagen aufweist und der im Jahre 1982 erbaute Sammelschacht nicht mehr den Vorschriften entspricht. Seit 3 Jahren gelangen Fliegen in das Bauwerk, deren Herkunft ungeklärt ist. Während den im 1. Quartal 2020 geplanten Bauausführungen muss der Wasserbezug durch die Gemeinde Mellingen sichergestellt werden. Das Unterholz bedarf einer Räumung, einzelne Bäume sind durch den Forstbetrieb zu fällen und später zu ersetzen. Die Wasserleitung mit einer Länge von 300 Metern wird mittels Berstlining-Verfahren neu eingezogen und die Sammelbrunnstube den aktuellsten Vorschriften entsprechend ersetzt.

### **Abstimmung:**

Der Sanierung der Quellwasserzuleitung der Brunnstuben Büschikermatten und Wyhalden zum Wasserreservoir wird **mit grosser Mehrheit ohne Gegenstimme entsprochen.**

<b>Traktandum 4</b>	<b>Sanierung Schulhaus Projektierungskredit CHF 120'000</b>
---------------------	---

Vizeammann Thomas Widmer gibt bekannt, dass der Gemeinderat entschieden hat, die Behandlung dieses Traktandums zurückzuziehen. Mit dem Tod von Hans Schneeberger musste im Gemeinderat eine Vakanz verkraftet werden. Weitere personelle Änderungen stehen bei der Schulleiterin und der Präsidentin der Schulpflege ebenfalls bevor. Damit die neuen Mitglieder sich aktiv in die Planung einbringen und seriös auf dieses Projekt vorbereiten können, soll das Geschäft frühestens der Sommergemeinde 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ruedi Gutknecht geht von einem Realisierungskredit für die Schulhaussanierung von CHF 1,2 Millionen aus und fragt, ob bereits für die Bestandesaufnahme ein Fachmann zugezogen wird.

Gemeindeammann Beat Nietlisbach bestätigt diese Annahme in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Schule, der finanziellen Situation der Gemeinde und den einschränkenden Auflagen des denkmalgeschützten Schulhauses.

## **Traktandum 5                      Budget 2020 mit einem Steuerfuss von 127 %**

Gemeinderat Christian Vogel hält fest, dass die Steuereinnahmen in Tägerig mit CHF 1'700 gegenüber dem kantonalen Mittel um CHF 300 tiefer liegen, weshalb konstruktive Lösungsansätze gefragt sind. Die Finanzkommission war mit dem aus ihrer Sicht zu optimistisch erstellten Budget nicht einverstanden. Die Überarbeitung führte auf der Basis eines Steuerfusses von 122 % zu einem Aufwandüberschuss von CHF 148'000. Daraufhin beschloss der Gemeinderat, eine Steuerfusserhöhung auf 127 % zu beantragen. Damit kann zusätzlich von den neu eingeführten Ergänzungsbeiträgen des Kantons von CHF 117'000 profitiert werden, da der Steuerfuss 25 % über dem Kantonsmittel liegt. Das Budget schliesst dadurch mit einem Ertragsüberschuss von CHF 111'200 ab. Ein positives Ergebnis wurde letztmals in der Rechnung 2013 erzielt. Spürbare Belastungen in der Erfolgsrechnung resultieren aus den Pflegerestkosten, im Bildungsbereich sowie den Abschreibungen der Sportanlagen. Unberechenbar bleibt die Entwicklung im Sozialwesen. Ca. 85 % der Aufwände sind gebunden und nicht beeinflussbar.

Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben darf bei der Wasserversorgung mit CHF 3'850 und der Abfallwirtschaft mit CHF 10'600 von einem positiven Gesamtergebnis ausgegangen werden, während die Abwasserbeseitigung bei einem Vermögen von CHF 1.64 Mio. einen Aufwandüberschuss von CHF 10'450 vorsieht. Der Aufwertungsreserve können CHF 188'250 entnommen werden. Der künftige Fremdkapitalbedarf liegt zwischen CHF 4 – 7 Millionen Franken. Der Aufgaben- und Finanzplan rechnet bis zum Jahre 2026 mit einem Steuerfuss von 127 %. Das Investitionsvolumen setzt sich in den nächsten 10 Jahren wie folgt zusammen: CHF 2.3 Mio., Erneuerung Liegenschaften der Gemeinde inkl. IT / CHF 1.8 Mio. Sanierung Strassen sowie Ersatz Bauamtsfahrzeuge / CHF 2.0 Mio. Sanierung Wasserleitungen / CHF 2.3 Mio. Sanierung Abwasser und ARA Mellingen. Gut die Hälfte der geplanten Investitionen fallen in die Spezialfinanzierungen und belasten die Rechnung der Einwohnergemeinde nicht.

Der Gemeinderat hat den früheren Auftrag des Stimmbürgers erfüllt durch Vorlage einer ausgeglichenen Rechnung, der Abklärung von Ergänzungsbeiträgen beim Kanton sowie der

geforderten Verbesserung der Finanzlage. Bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 75'000 beträgt die Mehrbelastung der Steuererhöhung CHF 150 bei Verheirateten bzw. CHF 236 bei Alleinstehenden.

**Christian Bertschinger, Präsident der Finanzkommission,** anerkennt anhand der Detailprüfungen die Bemühungen des Gemeinderates, die Ausgaben moderat zu halten. Die Aufwände sind mit den Rechnungen 2017 und 2018 vergleichbar und somit realistisch dargestellt. Bereits im Vorjahr wurde angeregt, die Frage der zeitgemässen und aktuellen Überbrückungsrente im Personalreglement der Gemeinde zu prüfen. Den steigenden und wenig beeinflussbaren Kosten stehen stagnierende Einnahmen gegenüber. Der Finanzplan erwartet in den kommenden 6 Jahren einen Zuwachs von 220 Einwohnern oder 12 % der Bevölkerung. Die Finanzkommission steht dieser Entwicklung mit den entsprechenden Steuersubstrat kritisch gegenüber, jedoch im Wissen, dass es sich um Planwerte mit Trendcharakter handelt.

In den Jahren 2016 – 2018 fielen die Rechnungsabschlüsse gegenüber den Budgetangaben stets schlechter aus. Die Finanzkommission teilt die gemeinderätliche Prognose zwar nicht vollumfänglich, aus finanziellen Überlegungen wird aber die Genehmigung des vorliegenden Budgets beantragt.

**Gemeinderat Christian Vogel** verdankt der Finanzkommission die konstruktive und wertvolle gemeinsame Zusammenarbeit.

**Helena Zimmermann** wünscht von der Finanzkommission Auskunft, weshalb sie den Finanzausgleich für Tägerig als nachteilig erachte, da der im Jahre 2020 zu erwartende Betrag ihrer Ansicht nach noch nie so hoch war und im Vorfeld der Abstimmung für die Gemeinde von positiven Auswirkungen ausgegangen wurde.

**Christian Bertschinger** argumentiert, dass die Ausgaben jährlich ansteigen, die trotz dem neuen Finanzausgleichsgesetz zu einer Erhöhung des Steuerfusses führen. Insofern wird die neue Regelung als unfair erachtet, auch im Bewusstsein, dass mit dem Budget 2020 im Vergleich zur Rechnung 2018 ein um CHF 200'000 höherer Betrag ausgeschüttet wird.

**Thomas Notter** wohnt mit seiner Familie seit dem Jahre 2006 in Tägerig und ist Mitglied der SVP-Ortspartei. Er schätzt die aktuelle Situation zur Ausführung des Tagesgeschäftes durch den Gemeinderat als nicht einfach ein. Ein Steuerfuss von 127 % fand innerhalb der Partei nicht überall ein offenes Gehör, mangels Alternative sprach sich aber eine Mehrheit dafür aus, dieser Erhöhung zuzustimmen. Die viel zu tiefe Steuerkraft ist leider eine Realität, hinzu kommen hohe Ausgaben wie Sozialfälle, Restkostenfinanzierung oder Krankenkassen-Inkasso. Andererseits wäre es fahrlässig, auf die Ergänzungsbeiträge des Kantons zu

verzichten. In letzter Zeit war in den Medien viel Kritik zu lesen. Die SVP ist der Ansicht, dass eine öffentliche Austragung der Diskussionen wenig Erfolg verspricht und ausserhalb des Dorfes einen schlechten Eindruck hinterlässt. Das Dorf ist aber auf neue, kräftige Steuerzahler angewiesen! Aus diesem Überlegungen schlägt die SVP vor, dass der Gemeinderat ein- bis zweimal jährlich alle Ortsparteien, vertreten durch eine Delegation, zu einem Gespräch am runden Tisch einlädt um gewichtige Themen mit dem weiteren Vorgehen zu diskutieren. An dieser zu protokollierenden Sitzung hat ebenfalls der Gemeindegeschreiber oder wenn nötig der Finanzverwalter teilzunehmen. Damit wird bezweckt, dass alle Parteien gemeinsam über die Ortspolitik reden und machbare Wege prüfen. Aktuell wäre sehr konstruktiv, zusammen Strategien zur Verbesserung der Steuerkraft im Dorf zu entwickeln. Im direkten Austausch untereinander soll im Sinne des Dorfes entschieden werden.

Patricia Galli begründet seit Jahresbeginn ihren Wohnsitz in Tägerig und ersucht die Gemeindeversammlung, das Budget mit einem Steuerfuss von 127 % zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der Gemeinderat rechnet mit höheren Steuereinnahmen als die Finanzkommission. Im Falle einer Annahme dieser Vorlage würden nicht nur gute Steuerzahler aus Tägerig wegziehen, sondern vermutlich auch keine neuen finanzkräftigen Personen mehr zuziehen, was zusätzlich weniger Einnahmen generiert. Einige Budgetposten sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen, was ein Sparwille vermissen lässt.

Urs Schuppisser erlaubt sich ein Votum, auch wenn der SVP-Vertreter die Ansicht vertritt, Finanz- und Budgetfragen nicht öffentlich sondern im geschlossenen Kreis zu diskutieren. Positiv zu erwähnen sind die Budgetzahlen, die sich gegenüber den Vorjahren seit dem Jahre 2018 wesentlich realistischer dem Rechnungsergebnis annähern. Der gemeinderätliche Grundsatz einer optimistischen Schätzung hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Für das Jahr 2020 rechnet der Gemeinderat mit Einnahmen von CHF 29'900 pro Steuerprozent bei den natürlichen Personen. Der Durchschnitt der letzten 4 Jahre betrug jedoch CHF 27'000. Mehreinnahmen von mehr als 10 % gegenüber der letzten Rechnung von CHF 26'644 werden nicht erreicht! Der zu vorteilhaft ausgewiesene Ertragsüberschuss von CHF 111'000 entspricht in Berücksichtigung der Entnahme der Aufwertungsreserve von CHF 188'000 einem Aufwand von CHF 77'000. Bei der realistischeren Version der Finanzkommission wäre gar mit einem Minus von CHF 200'000 zu rechnen. Die ordentlichen Ergänzungsbeiträge werden vom Kanton so angesetzt, dass die Gemeinden ihren Steuerfuss nicht höher als 25 % über dem kantonalen Mittel festlegen müssen. Mit dem Ergänzungsbeitrag von CHF 117'000 budgetiert die Gemeinde ohne die Aufwertungsreserve noch immer nicht ausgeglichen. Er beantragt ebenfalls eine Ablehnung des Budgets für Sparmassnahmen von mindestens CHF 77'000, jedoch im vollen Bewusstsein eines unumgänglichen Steuerfusses von 127 %.

**Matthias Moser** dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit in der Unterbesetzung und wünscht dem neuen Mitglied Patrick Oldani einen guten Start. Als früherer Gemeindeammann bestätigt er die damalige Annahme einer Verbesserung der Steuerkraft in Anlehnung an die Entwicklung der anderen Gemeinden, was leider nicht zutraf. In den aktuellen Aargauer Zahlen kann entnommen werden, dass Tägerig als einzige Gemeinde im Bezirk Bremgarten einen Normsteuerertrag pro Einwohner unter CHF 2'000 aufweist. Im Vergleich mit der Gemeinde Fischbach-Gösslikon ergibt sich eine extrem grosse Einnahmen-Differenz von beinahe 1,5 Mio. Franken. Den grundsätzlichen Sparbemühungen ist nichts entgegenzuhalten, aber CHF 77'000 haben praktisch keinen Einfluss bei einem Einnahmen-Problem. Auf der Suche nach Lösungen stellt sich die Frage, ob die Gemeinde wachsen oder aber den Mut aufbringen soll, die Steuerqualität zu verbessern. Geeignete Massnahmen könnten am vorgeschlagenen runden Tisch besprochen werden, je nachdem wäre für gewisse Investitionen noch eine begrenzte Schuldenaufnahme nötig. Es gibt auswärtige Liegenschaftsbesitzer, die eine hohe Rendite anstreben, während die Gemeinde gleichzeitig für die Kosten der Bewohner aufzukommen hat. An diesem Problem soll so gut wie möglich angeknüpft werden.

**Hans Lutz** vermisst im Hinblick auf einen Anstieg des Steuerfusses von 14 % innerhalb von 4 Jahren ohne absehbares Ende eine grundsätzliche Überlegung des Gemeinderates über die Zukunft. Ernsthaft zu prüfen wäre auch ein Zusammenschluss mit andern Gemeinden. Gemäss Zeitungsbericht im Reussboten stellt sich die Frage, was die vergleichbare Gemeinde Wohlenschwil besser macht, damit ihr ein Steuerfuss von 116 % genügt, um den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten. Gefordert sind konkrete Vorschläge gegen steigende Ausgaben und stagnierende Einnahmen!

**Helena Zimmermann**, Präsidentin der CVP-Ortspartei, weist auf einen ausgezeichneten Eigenkapitaldeckungsgrad hin, der dank einer guten, haushälterischen Bewirtschaftung der Vorgänger im Gemeinderat zustande kam. Sämtliche Anlagen sind abbezahlt worden. An der letzten Versammlung verwies Edi Kuhn auf die akzeptable finanzielle Lage, solange die Abschreibungen nicht die Höhe der benötigten liquiden Mittel erreichen. Auf der bestehenden Substanz kann aufgebaut werden; dazu sind der Gemeinderat und die Finanzkommission auf dem richtigen Weg. Eine Abweisung des Budgets gibt dem Gemeinderat aber die Möglichkeit, gewisse Positionen kritisch zu hinterfragen (wie Erhöhung Stellenpensum Finanzverwalter um 10 % bei unwesentlich grösserer Einwohnerzahl oder Neuanstellung eines Gärtners für den Unterhalt der Spielwiese in den Schulanlagen). Helena Zimmermann ist zuversichtlich, dass ein mit Einsparungen erzielter Ertragsüberschuss bei einem Steuerfuss von 127 % oder mehr für die kommenden 4 Jahre Gewähr bietet, Verpasstes nachzuholen und die Finanzen wieder ins Lot zu bringen.



**Olivia Zimmermann** nimmt als Volljährige erstmals an einer Versammlung teil und fragt, weshalb der Steuerfuss bei der ausgewiesenen Finanzproblematik und einem unausgeglichenen Budget nicht auf 129 % angehoben wird.

**Tamara Widmer** spricht sich für einen Zusammenschluss mit anderen Gemeinden aus. Im Dorfladen kann nicht alles eingekauft werden und die übrigen Besorgungen müssen sowieso auswärts stattfinden.

**Gemeindeschreiber Rolf Meier** erinnert an einen Steuerfuss in den Jahren 1994 – 1999 von ebenfalls 127 %. In der Zwischenzeit fanden verschiedene Steuergesetzrevisionen statt und auch die «kalte Progression» wurde ausgeglichen. Im Vergleich bezahlt der Steuerpflichtige bei gleichem Einkommen und Vermögen heute also weniger Steuern. Die Versammlung kann heute zwischen einem Steuerfuss von 127 % mit dem kantonalen Ergänzungsbeitrag oder einem Steuerfuss von 122 % und einem ausgewiesenen Aufwandüberschuss wählen. Die gesetzlichen Bestimmungen verlangen mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung; beide Varianten liegen in der Toleranz der Beschlussfähigkeit. Bei einer Rückweisung müssten Gemeinderat und Finanzkommission das Budget neu überprüfen und innerhalb von 60 Tagen zur Behandlung an einer ausserordentlich einzuberufenden Gemeindeversammlung vorlegen. Erneute Kosten für die Drucklegung der Botschaft und die Versandkosten an 935 Stimmberechtigte können aber bei der heutigen Annahme des Budgets bereits eingespart werden! Mit gutem Willen wäre die Streichung von CHF 20'000 bestimmt ohne weiteres möglich, beispielsweise durch Kürzung von Vereinsbeiträgen oder beim Seniorenausflug. Bestraft werden aber zur Hauptsache Leute und Organisationen, die sich für das Dorf engagieren und es kulturell bereichern. Ebenso ist im nächsten Jahr nicht zwingend der Ersatz der repräsentierenden Beflagung mit einem einfacheren Befestigungssystem im Betrage von CHF 10'000 nötig und das Bauamt hätte weiterhin bei festlichen Anlässen für die Montage/Demontage eine kostenpflichtige Hebebühne zu beschaffen. Ein namhafter wirtschaftlicher Vorteil kann aber auch hier nicht erkannt werden. Rolf Meier ersucht, diese Überlegungen in die Entscheidungsgrundlage einfliessen zu lassen.

**Urs Schuppisser** überzeugt das häufig gebrauchte Argument von gleich viel bezahlten Steuern in früheren Jahren nur auf den ersten Blick. Es ist nicht der absolute Steuerbetrag, der langfristig schmerzt und in die Struktur unseres Dorfes einfliesst, sondern die Position mit anderen, vergleichbaren Gemeinden massgebend! Tägerig hat sich – aus welchen Gründen auch immer - im Vergleich mit anderen Gemeinden in den letzten 30 – 40 Jahren bezüglich Steuerfuss und Steuerkraft relativ stark entfernt. Leider weist der Steuersatz eine extrem starke segmentierende Wirkung auf und es ist relevant, ob er sich 20 % über oder unter dem Durchschnitt bewegt. Ein anhaltend hoher Steuerfuss verändert die Bevölkerung langfristig

und führt zu einer bescheideneren Steuerkraft. Eine Steigerung kann nur mit einem rigiden Programm erreicht werden. In der Vergangenheit haben die Stimmberechtigten mit konkreten Investitionen Finanzentscheide getroffen die einen Handlungsbedarf erfordern. Vielleicht wäre eine nicht ausschliesslich auf die Parteien bezogene öffentliche Aussprache gefragt, um nach Lösungen zu suchen für das Generieren von Mehreinnahmen, wie beispielsweise die Erhebung von Parkgebühren für die Benutzung der Sportanlagen oder nachts entlang der alten Poststrasse. Schon vor etwa 10 Jahren wurde die Handlungsfähigkeit der gebundenen Ausgaben beklagt. Urs Schuppisser beantragte damals das Einsetzen einer Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Frage beschäftigt und dem Gemeinderat innerhalb eines halben Jahres Bericht erstattet. Trotz positiver Aufnahme blieb jedoch eine weitere Aktivität aus. Entsprechende Anstrengungen wären Voraussetzung, verbunden mit dem Mut, unattraktive Entscheide zu fällen.

**Edi Kuhn** gratuliert dem Gemeinderat für die persönliche Vorsprache beim Kanton bezüglich der finanziellen Situation und ist über die erhöhte Beitragszusicherung erfreut. Er appelliert, der Steuererhöhung mit verkräftbaren 127 % zuzustimmen für eine ausgeglichene Rechnung und weist bei einem Sozialfall auf die nicht beeinflussbaren Ausgaben hin. Der Spielraum im Budget hält sich in Grenzen und er geht davon aus, dass der Gemeinderat das Geld nicht einfach ausgibt. Bei einem tatsächlichen Anstieg der Steuerkraft kann der Steuerfuss jederzeit wieder gesenkt werden.

**Patricia Galli** hält fest, dass eine Veränderung unerlässlich ist und auf Grund des fehlenden Einkommens nur die Möglichkeit zum Sparen besteht. Diese Aufgabe obliegt dem dafür besoldeten Gemeinderat. Patricia Galli ersucht um Ablehnung des Budgets, das sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich besser präsentiert. Im Weiteren bittet sie, der gesetzlich vorgesehenen Meinungs- und Redefreiheit uneingeschränkt stattzugeben.

**Gemeindeammann Beat Nietlispach** betont die nicht einfache gemeinderätliche Aufgabe der heutigen Budgetvorlage. Eine grössere Delegation traf sich am 16. September in Aarau zu einer Besprechung mit Regierungsrat Markus Dieth, der für die Anliegen unserer Gemeinde Verständnis zeigte. Bereits zwei Tage später orientierte das Departement Bildung, Kultur und Sport mit der Vorankündigung eines steigenden Gemeindeanteiles im Bereich Sonderschule von CHF 20'000! Bei gebundenen Ausgaben von 85 % bleibt der Handlungsspielraum extrem eingeschränkt.

Der Vorsitzende ermahnt, ein gewünschtes Treffen unter den Ortsparteien im Sinne der Sache nicht zum Vornherein schlecht zu reden. Er erachtet jedoch eine Rückweisung des Budgets auch auf Grund der gemachten Erfahrungen in Mägenwil als falschen Weg.

Der Voranschlag 2020 mit einem Steuerfuss von 127 % wird mit **78 Nein zu 63 Ja-Stimmen abgelehnt**.

Gemeindeschreiber Rolf Meier bestätigt gemäss Rückfrage, dass nach der erschöpften Diskussion das zurückgewiesene Budget einer Abweisung gleichkommt.

## **Traktandum 6                      Verschiedenes**

Gemeinderat Christian Vogel orientiert über den Wirkstoff Chlorothalonil, der als Pflanzenschutzmittel seit den 1970er Jahren gegen Pilzbefall als Fungizid zugelassen ist. Er wird im Kartoffel-, Getreide-, Gemüse-, Wein und Zierpflanzenbau eingesetzt. Die Abbauprodukte (Metaboliten) können ins Trinkwasser gelangen und dürfen 0.1µg/l nicht überschreiten. Solche Mikrowerte sind erst seit wenigen Jahren messbar. Die Zertifizierung für dieses Produkt ist ausgelaufen und muss erneuert werden. Seit August obliegt den Wasserversorgungen die Pflicht, ihr Wasser auf Chlorothalonil untersuchen zu lassen. In diesem Jahr hat die EU den Wirkstoff verboten. Die Hauptquelle der Wasserfassung Büschikermatten, welche Tägerig zu 80 % versorgt, weist einen Wert von 0.24 µg/l auf. Weitere betroffene Gemeinden finden sich insbesondere im Bünztal. Der Bund schreibt vor, dass innert 2 Jahren der Wert von 0,1µg/l einzuhalten ist, ansonsten droht ein Abgabeverbot von Trinkwasser. Niemand kennt aber das Abbauverhalten dieses Produktes. Aktuell kann Chlorothalonil noch legal verwendet werden und die Gemeinden haben keine rechtliche Handhabung, den Wirkstoff im Einzugsgebiet der Quellen zu untersagen. Gemäss einer Umfrage und einem persönlichen Gespräch am 19. November 2019 mit den betroffenen Hägglinger Landwirten wird Chlorothalonil heute nur noch auf drei Parzellen eingesetzt. Es besteht die Möglichkeit, das Wasser zu mischen, was aber technisch nicht sofort umsetzbar ist, da das Mellinger Wasser nicht direkt ins Reservoir gepumpt wird. Der Bund muss entscheiden, ob er das Produkt ebenfalls verbieten will. Optional wäre eine neue Leitung mit dem notwendigen Wassereinkauf ab einem andern Bezugspunkt zum Reservoir zu bauen.

Vermutlich war unser Trinkwasser bereits in den letzten Jahrzehnten mit Chlorothalonil belastet, aber die Werte konnten bisher im Labor nicht nachgewiesen werden und waren daher auch nicht relevant. Kommunikation und Massnahmen sind seitens des Bundes absolut ungenügend; es gibt keine Lösungsansätze für ein schweizweit gemeinsames Vorgehen. Die Wasserversorgung Tägerig, aber auch die betroffenen Landwirte nehmen das Problem sehr ernst. Vieles deutet darauf hin, dass der Abbau des Produktes je nach Witterung und der Beschaffenheit des Bodens mehrere Jahre dauert. Mit der aktuellen Ausgangslage droht ab Herbst 2021 der Wassernotstand. Das Wasser wird ab sofort pro Quartal einmal getestet und die Resultate im Dorfblatt und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

**Brunnenmeister Wendi Blattmer** bezeichnet den ermittelten Wert von 0.24 µg/l nach Rücksprache mit dem Amt für Verbraucherschutz als absolut ungefährlich. Die Hürde von 0.1 µg/l ist sehr tief angesetzt, da das Trinkwasser einen besonderen Schutz braucht. Der Verzehr eines Apfels aber umfasst einen grösseren Anteil Chlorothalonil als der Konsum eines Liters Wasser, davon ausgehend, dass nicht jeden Tag einen Apfel gegessen aber einen Liter Wasser getrunken wird!

**Vizeammann Thomas Widmer** verdankt im Namen des Gemeinderates und der Bevölkerung unter Applaus der Versammlungsteilnehmer die Verdienste, das Engagement und die Zusammenarbeit der auf das Jahresende abtretenden Franziska Beck als Präsidentin und Mitglied der Schulpflege mit einem Blumenstrauss. Herzlich willkommen geheissen wird ihr Nachfolger Dominik Iseli sowie Michael Mäder, der in der Steuerkommission Einsitz nimmt. Mit der Wahl von Patrick Oldani in den Gemeinderat ist im Februar 2020 neu wieder ein Mitglied in die Finanzkommission zu bestimmen.

**Peter Meier** erlebte als Anstösser des Kleinzweigweges hautnah die letztjährigen Bauarbeiten. Leider konnte der Gemeinderat den optimalen Wunsch einer Spielstrasse nicht entgegennehmen, reagierte aber sehr kreativ mit der Anbringung eines Mehrzweckstreifens. Dank der Schule und vielleicht auch der Eltern verhalten sich die Kinder aber auch grösstenteils die Autofahrer sehr diszipliniert. Er erfreut sich an diesen Strassenbild und bedankt sich beim Gemeinderat für die gelungene Lösung.

**Willi Gloor** bezieht sich als ehemaliger Gemeindeammann auf das vor 15 Jahren unterzeichnete Bestattungsreglement, mit der Regelung der Bestattungen von Montag bis Freitag. An der letzten Kirchgemeinde-Versammlung wurde mit Bedauern festgestellt, dass Erwerbstätige unter der Woche nicht ohne Weiteres an einer Beerdigung teilnehmen können. Er ersucht den Gemeinderat, die Voraussetzungen zu prüfen, dass zumindest Urnenbeisetzungen an einem Samstag möglich wären und die notwendige Reglementsänderung der nächsten Gemeindeversammlung zu unterbreiten.

**Gemeindeammann Beat Nietlispach** nimmt den Antrag zur Prüfung entgegen. Er schliesst die Versammlung mit der Aussicht auf eine baldige Bekanntgabe des Termins für die ausserordentliche Gemeindeversammlung und dem Wunsch nach einem besinnlichen Weihnachtsfest bei guter Gesundheit.

Schluss der Versammlung: 22.40 Uhr.

Der Gemeindeammann:

*Beat Nietlispach*

Der Gemeindeschreiber:

*Rolf Meier*